



SPD-Fraktion im Rat  
der Stadt Wuppertal



CDU-Fraktion im  
Rat  
der Stadt  
Wuppertal

Fraktion BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN im Rat  
der Stadt Wuppertal



FDP-Fraktion im Rat  
der Stadt Wuppertal



Fraktion DIE  
LINKE. im Rat der  
Stadt Wuppertal

Ratsgruppe  
Freie Wähler im  
Rat der Stadt  
Wuppertal

An den  
Vorsitzenden des Ausschusses für  
Soziales, Familie und Gesundheit  
Herrn Paul Yves Ramette  
Rathaus Barmen  
Johannes-Rau-Platz 1  
42275 Wuppertal

Datum 14.02.2023

**Drucks. Nr. VO/1774/23-Neuf.**  
öffentlich

### Gemeinsamer Antrag

Zur Sitzung am  
**14.02.2023**

Gremium  
**Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit**

### Antrag zur Tagesordnung, TOP 9, Drucks. Nr. VO/1495/22: „Einrichtung eines Härtefallfonds Energiearmut,,

Sehr geehrter Herr Ramette,

die Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke und die Ratsgruppe Freie Wähler beantragen, der Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit möge anstelle des o. g. Antrags beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, bis zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses, die einzelnen und geplanten Maßnahmen zur Umsetzung des „Stärkungspakt NRW – gemeinsam gegen Armut“ vorzulegen.

Zudem möge die Verwaltung zeitnah Gespräche mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege aufnehmen, um deren gestiegenen Bedarfe zur Armutsbekämpfung zu ermitteln. Dabei bitten wir um Auskunft, welche Maßnahmen / Einrichtungen insbesondere auf die Armutsbekämpfung von Kindern zielen.

#### **Begründung:**

Mit der Vorlage VO/1258/22 hat sich der Rat zu seiner Verantwortung bekannt, die Folgen der Energiekrise zu mildern. Im Punkt 3 wird ein Runder Tisch vorgeschlagen, um „Verfahren und Maßnahmen zur Aussetzung von Strom- und Gassperren in sozialen Härtefällen sowie zur Stundung bzw. Übernahme von Stromschulden für den Winter 2022/23 zu erarbeiten. Solche Maßnahmen benötigen eine finanzielle Grundausstattung. Diese könnte durch die Unterstützungsleistungen für Kommunen „NRW-Stärkungspakt – gemeinsam gegen Armut“ abgebildet werden: „Damit stellt das Land NRW den Kommunen 150 Mio. Euro“ – Wuppertal erhält davon 4,4 Mio. Euro – „zur Verfügung, um unbürokratisch

die finanziellen Mehrbelastungen der sozialen Infrastruktur in den Kommunen aufgrund steigender Energiepreise sowie der hohen Inflation auszugleichen. Die Mittel können daneben in Einzelfällen dafür verwendet werden, betroffenen hilfsbedürftigen Menschen unbürokratisch zu helfen. (...).“

(aus „Kurzüberblick“, Schreiben des Städtetags NRW, Dokumenten-Nr. V 4020)

Mit freundlichen Grüßen

Lukas Twardowski  
Stadtverordneter

Michael Wessel  
Stadtverordneter

Marcel Gabriel-Simon  
Stadtverordneter

Gérard Ulsmann  
Stadtverordneter

Susanne Herhaus  
Stadtverordnete

Henrik Dahlmann  
Mitglied im Sozialausschuss